

Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 66, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ortsverkehr Dänhof (A) 3600-3665, Fernverkehr Dänhof 3666-3698, Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660.

10 Pf. [Anwärt. 15 Pf.] Nr 270

## Berlin

MITTWOCH, 7. JUNI 1933

Bezugspreis monatl. 3,90 M. (einschl. 70 Pf. Zustell- oder 1,24 M. Postgebühren), bei Postbestellung auswärtigen 7 Pf. Bestelldg., Anzeigen: mm-Zeile 32 Pf., Familien-Anz., mm-Zeile 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahmen in eine bestimmte Nummer.

ABEND-AUSGABE

## Entscheidende Dreierkonferenz

### Wie wir es sehen

Das Kaiserer Motiver

Heute nachmittag in Paris

Die vor Pfingsten schon geplante amerikanisch-englisch-französische Besprechung über die Weiterführung der Abrüstungsarbeiten soll heute nachmittag in Paris stattfinden. Die Initiative geht von dem amerikanischen Delegierten Norman Davis aus, der hofft, Frankreich doch noch zu dem Entgegenkommen nötigen zu können, das für eine erfolgreiche Beendigung der Genfer Verhandlungen nötig ist. Der französische Botschaft ist offensichtlich die Konferenz mit den englisch-französischen Vertretern nicht gerade erwünscht, denn darüber fürchtet, in dieser Klausurperiode zu Dreien unter Druck gesetzt zu werden und mit seinen Argumenten nicht mehr durchdringen zu können.

Präsident Roosevelt hat klar zu verstehen gegeben, daß Amerika einen baldigen Abschluß der Abrüstungsarbeiten ermahnt und nicht gegen sich, die bilaterale Behandlung in Genf länger mitzumachen. Eine amerikanische Anwendung von Gewalt oder würde gleichzeitig auch ein Unterbrechungsantrag an der europäischen Politik übersehen werden und die von Herr Davis in Washington angestrebten Fäden gefährden. Andererseits ist sowohl in Washington wie auch in London bekannt, daß für Deutschland eine Abrüstungskonvention ohne eine befriedigende Regelung des deutschen

Gleichberechtigungsanspruchs unannehmbar ist. In der Berliner Dreier-Konferenz wird sich also entscheiden müssen, ob Frankreich seine Genfer Verhandlungsstatut ändert oder die Konferenz scheitern lassen will.

Anwieweit in den Berliner Besprechungen auch die Umgestaltung des Vireer-Pakts eine Rolle spielen wird, ist noch nicht zu übersehen. In Paris gibt man sich den Anschein, als ob mit dem Beschluß des französischen Ministerrats zur Paraphrasierung des neuen Textes dieses Kapitel bereits abgeschlossen wäre. Aber Italien und England haben erklärt, daß sie den Vierer-Pakt nur untergeordnet werden, wenn Deutschland seine Zustimmung gibt. Die Zeitung des nachträglich völlig umgeänderten Textes ist in Berlin noch nicht beendet. Da aber einer der Hauptpunkte der Konvention von Rom die Zusammenarbeit der Großmächte auf der Abrüstungskonferenz betrifft und die Veränderungen nach einer Abstimmung der französischen Regierung Sans vor allem den deutschen Gleichberechtigungsanspruch zu betreffen scheinen, so wird die Berliner Konferenz vielleicht auch gewisse Klärungen auf den Abschluß des Vierer-Paktes haben. Einmal es Amerika und England in Paris nicht, Frankreich zur Umkehr zu bewegen, so würde schließlich auch die Londoner Weltwirtschaftskonferenz, an der so viele Hoffnungen hängen, ihre Arbeiten unter schweren Beschränkungen beenden.

## Göring an Frankreich

Ein bemerkenswertes Interview des preußischen Ministerpräsidenten

Das Berliner „Recht Journal“ veröffentlicht ein Interview, das der preussische Ministerpräsident Göring einem englischen Beobachter des Blattes gewährte. Die Unterredung hat vor allem dem Problem der deutsch-französischen Beziehungen gegolten; sie ist nach Zeitpunkt und Inhalt sehr bemerkenswert.

Ministerpräsident Göring habe zunächst das Vierer-Abkommen berührt und gefragt, welche praktische Bedeutung es nach sämtlichen Vorbehalten Frankreichs noch haben werde. **Niemand mehr in Deutschland glänze noch an die Gleichberechtigung, die man Deutschland mit den Stippen gewährt habe, und in Deutschland sei man sogar angetan, wenn man diese Formel ausprechen dürfe, die keiner Realität mehr entspreche.** Man habe erklärt: Jemand — Gleichberechtigung, aber unter der Bedingung, daß nicht das französische Sicherheitsbedürfnis befriedigt werde. **„Ich verstehe nicht“,** sagte Göring, **„was die Franzosen damit meinen. Obgleich es eine Vergangenheit, die Frankreich beunruhigt, aber man muß auch die Gegenwart sehen. Was vielen Ökologen können und wollen wir keinen Krieg führen. Selbst angenommen, daß jemals in Deutschland eine Regierung Frankreich angreifen möchte, kann man sich vorstellen, daß das deutsche Volk je folgen würde? Wenn eines Tages der Verteidigungskrieg notwendig werden sollte, würde das deutsche Volk ihn energig führen, aber niemals einen Angriffskrieg.“** Auch das französische Volk, erklärte der Ministerpräsident weiter, **„wird nicht den Krieg. Ein europäischer Krieg würde letzten Endes nur dem Weltfriedens zugute kommen.“** Was als **„wird Frankreich von nun an Frankreich beistehen die höchste Summe Europas, Verschuldet, Garantieverträge. Deutschland steht allein, und seine Stellung ist darauf, daß wir nicht einmal die höchste Flieger daran hindern könnten, ohne Städte zu bombardieren. Will Frankreich etwa diese Situation verlängern, wenn es von seiner Gleichberechtigung?“**

Seit 14 Jahre nach dem Friedensschluß, hoffen wir, sobald wir den kleinen Krieg führen, um allmählich die Freiheit wiederzugewinnen, ohne die niemand erlangen kann, sobald wir irgendeine Bewegung nach irgendeiner Richtung tun, auf die Opposition Frankreichs, warum?

Was trennt im Grunde genommen beide Völker? Nichts, wenn nicht gegenseitige Misstrauen. In jeder Hinsicht können die Interessen der beiden Völker in Einklang gebracht werden. Je mehr ich darüber nachdenke, um so mehr komme ich zu der Überzeugung, daß beide Nationen sich verständlich müssen. Die französischen Staatsmänner kommen mit den Staatsmännern anderer Länder zusammen, nur nicht mit den deutschen. Es gibt keine direkte Ausrede zwischen beiden Regierungen, deren Zusammen-

arbeit mehr als jede andere den Frieden und das Wohlergehen Europas sichern würde, und dies gerade in einem Augenblick, in dem Deutschland sich eine feste Regierung erwehrt, die fähig ist, Verantwortung zu übernehmen, was die notwendige Bedingung für jede weltweite Politik ist.“

Auf die Einwendungen des Berichterstatters, daß die Politik Deutschlands in der öffentlichen Meinung des Auslandes gewisse Befürchtungen erzeuge, erwiderte Ministerpräsident Göring: „Was Göttel hinter sich hat, das genügt keinen Friedenswahrer.“ Weitere Einwendungen des Berichterstatters widerlegte er mit dem Hinweis darauf, daß man die Regierung nach ihren Handlungen beurteilen müsse.

Göring erklärte zum Schluß, Frankreich und Deutschland mögen miteinander verhandeln, dann werden sie, wie ich fast überzeugt bin, einen gemeinsamen Weg finden. Verlaßlich ist die Atmosphäre nicht gut. Östlich. Ich bemühe mich, sie zu bessern. Man ändert tiefe traditionellen Eindrücke von heute auf morgen. Das ist ein langwieriges Unternehmen, aber man muß es versuchen.“

## Sechs Jahre Gefängnis gegen Gerechtigkeit

Außerdem Geldstrafe und Ehrverlust

Im Oetere-Prozess beantragte der Staatsanwalt in seinem Kläuber, gegen Dr. Oetere wegen Betrugs im Falle der Aufnahmefähigkeit nach Jahre Gefängnis, wegen Verstoßes gegen den § 2 des Strafgesetzbuchs, 100 000 Mark Geldstrafe, im Falle Sündenburchausfalls wegen Untreue in Tateinheit mit Betrug 3 Jahre Gefängnis. Weiter beantragte der Staatsanwalt die Strafen zusammenzusetzen auf sechs Jahre Gefängnis, 100 000 Mark Geldstrafe und fünf Jahre Ehrverlust.

Der Staatsanwalt sprach sich Bebauern darüber aus, daß auf den Fall Oetere die geplante Novelle zum Strafgesetzbuch, nach der wegen Betrugs auch ohne weiteres auf Zuchthaus erkannt werden kann, noch keine Anwendung finden könne.

Wegen den angelegten Verbandsstreit Französisch beantragte der Staatsanwalt wegen Verstoßes am 1. September 1932 sechs Monate Gefängnis unter Ausschließung der Unterbringungshalt und Bewilligung einer Bewährungsfrist für die Reststrafe, da Freilassung vollständig unter dem Einfluß von Dr. Oetere gebandelt habe.

Der Oberbürgermeister der Stadt Kassel und die Leitung der NSDAP in Kassel haben zu einer freiwilligen Aktion aufgefordert, durch das in erster Linie Arbeitslosen gehoben werden soll. Das Motiv der Aktion ist gut, und es gibt niemanden in Deutschland, der nicht wünscht, daß alles, was möglich ist, geschehe, um die Lage der Arbeitslosen zu verbessern. Es ist mir die Frage, ob die Form, die man für diese Hilfe gewählt hat, dem Zwecke wirklich entspricht. Das Opfer ist zwar freiwillig, es gleich werden aber bestimmte Maßnahmen für den Fall angeordnet, daß jemand sich weigert, die auf ihn entfallenden Beträge an das Kassenamt abzuführen. Je wichtiger diese Maßnahmen sind, desto mehr erlaubt naturgemäß das Kassenamt den Charakter einer euerzähligen Abgabe, und es werden demgemäß allgemein finanzpolitische Grundzüge für seine Beurteilung anwendbar. Das Kassenamt ist bereits bei einem Einkommen von 100 Mark monatlich mit einem Prozentsatz von 3 o. 5. ein, es erreicht jetzt schnell — bei 1000 Mark Monatsentkommen — seit Augustum von 20 u. 5. bei 0,75. Bei Verheirateten liegen die Sätze jedoch bei 7 und 18 u. 5. Haus- und Grundbesitzer haben, auch wenn sie als Beamte, Angestellte, Arbeiter oder als Betriebsinhaber bereits ihren Beitrag geleistet haben, außerdem noch 1/2 u. 5. der Freieinkommen an das Kassenamt abzuführen. Nun ist unter Einkommensteuer bereits häufig progressiv gestaltet und außerdem wird jetzt schon eine Arbeitslosenhilfe bzw. Straßensteuer der Beurlaubten erhoben, deren Prozentsätze ebenfalls schnell anwachsen. Auch wenn man in Rücksicht zieht, daß das Kassenamt nur vier Monate erhoben wird, so wird man, wenn man alle diese Steuern abzieht, zu Befragungen gelangen, von denen anzunehmen ist, ob der Gesamtertrag die erzielten Erträge, die die Gesamtheit nicht größer ist als der Nutzen. Die Reichsregierung hätte bekanntlich erklärt, daß keine Steuererhöhung in wider vorzunehmen werden soll. Diese Erklärung stützt sich auf wohl erogene Gründe, die auch für Maßnahmen lokaler Stellen ihre Gültigkeit behalten. Aber auch wenn man in Interesse des guten Zwecks der Kassenaktion über alle diese Gründe hinwegsehen wollte, bestünde die Gefahr, daß sie ihre eigene Ziel gefährdet. Denn das Kassenamt Kassel ist in Konkurrenz mit der „Gemeinnützigen Spende zur Förderung der nationalen Arbeit“, zu der die Reichsregierung mit ihrem großen Erfolg zur Verminderung der Arbeitslosigkeit aufgerufen hat. Diese Spende soll demselben Ziele dienen wie die Kassenaktion; deshalb ist ihr ein möglichst großer Erfolg zu wünschen. Es hat den großen Vorzug, daß ihre Freiwilligkeit gesichert ist und daß sie sich auf die Leistung nicht zu tun hat. Es ist klar, daß für die Spende des Reiches nicht mehr übrigbleiben kann, wenn die Mittel, die für sie häufig gemacht werden könnten, bereits vorher abgehört sind. Wieviel das Kassenamt Kassel für die Reichskompetenz in Einklang bringen läßt, das ist eine Frage, die wir hier nicht erörtern wollen. Der § 2 des Finanzgesetzbuchs-Gebotes bedürft bekanntlich, daß die Annahmefähigkeit von Steuern für das Reich die Erhebung gleichzeitiger Steuern durch die Länder und Gemeinden ausschließt. Man wird deshalb im Zweifel sein, ob das letzte Wort über den Beschluß der Stadt Kassel schon gesprochen ist und daß hoffen, daß die Stadt andere Wege finden wird, um ihrer Finanznöte Herr zu werden.

## Trümmer oder Baustein?

Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg hat sich mit den Kritikern seiner Wirtschaftspolitik auseinandergesetzt, indem er insbesondere das Tempo seines Arbeitens mit den praktischen Notwendigkeiten der Wirtschaft zu begründen suchte. Einem mächtigen Teilgebiet seines Arbeitsbereichs der Mittelstands- und Einzelhandelspolitik ist diese Frage besonders brennend geworden. Denn gerade hier glauben viele, daß schon eine schnelle Zurückdrängung oder gar Abschaffung der Warenhäuser und Konzerne geboten würde, um dem mittelständlichen Großhandel den fehlenden Lebensraum zu verschaffen. Dr. Hugenberg stellt diesen Forderungen die Gründe entgegen, die nicht Verdrängung des Einzelhandels, sondern Förderung des Verendens die vorrangige Aufgabe der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik ist. Daraus ergibt sich ein doppeltes Programm. Jedes bestehende Unternehmen erfüllt eine Funktion in der Waren-Erzeugung und -Verteilung, die für die schnellste Erzielung geschaffen werden müßte. Es ist darüber hinaus durch eine große menschliche Finanzkraft, geschäftliche Erfahrung und geistige Beziehungen mit der übrigen Wirtschaft verbunden. Seine Wirtschaftsführung kann die Gewähr dafür übernehmen, daß der Fabrikant für den Fortfall eines Großhändlers, der Angestellte für den Verlust seines alten Arbeitsplatzes sofort